Morgen-Ausgabe

...er Tageblatt" u. „Handels-Zeitung" erscheint wochentäglich zweimal. Sonntags, Montags einmal. Illustrierte Gratis-Wochenschriften: Jeden Sonntag „Der Weltspiegel", ...itwoch „Technische Rundschau", 14 tägig Donnerstags „Haus und Garten", jeden ...Wochblatt „ULK". Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Deutsch-...s, des tschecho-slowak. Staates, Ungarns, der Schweiz, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, ...s Norwegens u. Finnlands; für alle übrig. Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die ...Blatt möglich. Bezugspreis: Durch die Post monatl. 14.— M. ausschl. Zustellungsgebühr. Aus-...schl. Postaufschlag; für Berlin u. Vororte monatlich 15.— M. bei tägl. zweimaliger Zustellung ...ins Haus. Unser Kreuzband monatl. f. das Inland 25.— M. u. Ausland 28.— M. Im ...Bezugspreisen ins Ausland. Unter Kreuzband monatl. f. das Inland 25.— M. u. Ausland 28.— M. Im ...Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung ...oder Erstattung des entspr. Entgelts. In Berlin u. Vororten abonn. man bei der Haupt-...expedition SW. 19, Jerusal. Straße 48/49 u. den nebenstehend aufgeführten Filialen. (Fernspr. ...Zentrum 10134—10144, für den Fernverkehr 14207—14209). Telegramm-Adresse: „Berlibl", Berlin.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Anzeiten-Abpreis: Zeile M. 5.— u. 20 % Zuschlag. Stellen-Gesuche u. Familien-Anzeigen M. 4.— ...die Zeile. Nachrufe u. übl. Tarif. Ausl.-Zuschl. 100 % Zuschl. Anzeigen- u. Abonn.-Ann. in Groß-Berlin: ...Hauptexp. SW. 19, Jerus. Str. 46/49. Filialen: Leipz. Str. 103; Potsd. Str. 38; Zimmerstr. 50; Königgrätzer ...straße 56/57; Rosenth. Str. 48; Schönh. Allee 144; Moritzplatz; Köpen. Str. 67/68; Neuhen. Str. 5; Turmstraße 66; Schiffbauerd. 4; Gr. Frankf. Str. 101; Frankf. Allee 206; Frankf. Allee 345; Stichstr. 69; Wiener Str. 18; Greifsw. Str. 197; Müllerstr. 135; Badstr. 61; Charlottenb.: Tauentzienstr. 2; Kantstr. 84; Scharrenstr. 59; Rixdf. Str. 25/26; Kaiserd. 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenbg.: Frankf. Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 93/94; Kais.-Friedrich-Str. 247/48; Pankow: Bornholm. Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 8; Schöneberg: Hauptstr. 22/24; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserplatz 13. In der Provinz: Brandenburg a. H.: Hauptstr. 4; Cöpenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradeplatz 8.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

...510 • Ausgabe A Nr. 266 ...gabe für Berlin u. Umgegend Nr. 510

Sonnabend, 6. November 1920
49. Jahrgang

...erlin von einem neuen Elektrizitätsstreik bedroht?

„Wilder" Streikbeschluß der städtischen Elektrizitätsarbeiter.

Nach dem Schiedsspruch.

... einer Versammlung der städtischen Elektrizitäts-...iter, die von dem Obmann der Betriebsräte Sylt geleitet ... wurde gestern abend der Beschluß gefaßt, daß **um 3 Uhr ...s die Stromversorgung Berlins eingestellt werden** ... Da sämtliche Werke, darunter auch das Rummels-...r Kraftwerk, streiken sollen, würde auch die Stromver-...ung von Golpa-Bitterfeld unterbunden. Man ...in der Versammlung ursprünglich den Vorschlag gemacht, die ...nerzeugung sofort einzustellen, doch wurde der Einwand ...ht, daß dadurch sämtliche Straßenbahnwagen auf ...Straßen bleiben würden. Nach Vereinbarungen mit dem ...bsrat der Straßenbahn entschloß man sich, die Wagen in die ...s zurückkehren zu lassen und um drei Uhr nachts ...Betriebe zu verlassen.

*

... handelt sich bei dem Streik um die neuen Lohnforde-...gen der städtischen Arbeiter. Der Einigungsausschuß hatte vorgestern abend unter Vorsitz des Bürgermeisters Mitter nach längeren Verhandlungen mit 16 gegen 10 Stimmen einen Schiedsspruch beschlossen, der die folgenden Lohnerhöhungen zugestand:

Die Gas-, Wasser- und Elektrizitätsarbeiter erhalten 50 Pfennig die Stunde mehr, der im Tarif vorgesehene Begriff „Schwerarbeiter" fällt weg. Alle übrigen städtischen Arbeiter erhalten 20 Pfennig die Stunde mehr. Ausgenommen von der Lohnerhöhung sind die in Kost und Logis befindlichen Arbeiter und die Jugendlichen bis zu 17 Jahren.

Diese Zugeständnisse belasteten die Stadt jährlich mit einem Mehraufwande von 44 Millionen Mark. Es wurde beabsichtigt, die Straßenbahntarife sowie die Tarife für Gas, Wasser und Elektrizität abermals zu erhöhen, um diese neue Ausgabe decken zu können. Auch dieser Schiedsspruch hat aber nicht die Arbeiter befriedigt. Die Arbeiterfunktionäre haben ihn allerdings angenommen. Die Arbeiter aber haben Urabstimmung über den Schiedsspruch verlangt, und die gestern abend abgehaltene Versammlung der Elektrizitätsarbeiter hat dann den Streik beschlossen. Dieser Streik ist also als ein „wilder Streik" anzusehen. (Vgl. 1. Beiblatt.)

* * *

Das **Städtische Elektrizitätswerk** erklärte gegen Mitternacht auf Anfrage, daß ihm von einem Streik nichts bekannt sei.

Deutschland und der Völkerbund.

...traler Antrag auf Zulassung Deutschlands

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Haag, 5. November.

...uter meldet aus Paris: Von neutraler Seite wird in Genf die ...assung von Deutschland und Deutschösterreich ...n Völkerbund beantragt werden. Der bulgarische Premier ...bulitsch wird die Zulassung seines Landes erbitten. Léon ...geois hat in einem Pressegespräch bekanntlich mitgeteilt, daß er ...ht für nützlich halte, daß Deutschland dem Völkerbund beitrete. ...e die Wiedergutmachungsfrage zwischen Frankreich und ...hland schwebe. Jedenfalls werden die Franzosen ihre ... Gefolgschaft auf der Völkertagung in Genf aufbieten, um die ...assung Deutschlands zu verhindern.

...r Brüsseler Berichterstatter des „Telegraaf" erfährt von einer ...nlichkeit, die in enger Fühlung zu dem Völkerbundsrat steht, ...erde erwartet, daß England, Italien und die süd-...rikanischen Staaten nicht gegen die Aufnahme Deutsch-..., Oesterreichs und Ungarns in den Völkerbund seien. Es sei wahrscheinlich, daß sich auch die Neutralen für die Aufnahme der Mittelmächte aussprechen würden.

VA **Genf**, 5. November.

In einigen französischen Kreisen wird vorgeschlagen, in der Völkerbundssatzung den Artikel 10 zu streichen, der alle Unterzeichner verpflichtet, an einer Blockade oder sonstigen Strafmaßregeln gegen einen widerspenstigen Staat teilzunehmen. Léon Bourgeois selbst hat in Brüssel erklärt, daß dieser Artikel überflüssig sei, da seine Bestimmungen schon in anderen Artikeln enthalten seien. Die Streichung hätte natürlich hauptsächlich den Zweck, die Völkerbundsatzung Harding und den amerikanischen Republikanern annehmbarer zu machen. Doch glauben die französischen Völkerfreunde selbst nicht an die Wirksamkeit des Mittels. Die Zahl der Völkerbundfreunde verringert sich jeden Tag, der uns der Genfer Sitzung näher bringt. Aus den Artikeln fast sämtlicher Blätter läßt sich die Schadenfreude über den schweren Schlag herauslesen, den Wilsons Völkerbund am 2. November erlitten hat. Am lautesten jubelt der „Matin", der den Sieg Hardings auch als eine Niederlage Clemenceaus feiert.

Der Schluß der Etatsdebatte.

...nburg über die Unerfüllbarkeit des Friedensvertrages.

Die Etatsdebatte wurde gestern abend im Reichstage ...ndgeführt, nachdem eine große Anzahl kleiner An-...n erledigt war. Der rechtsunabhängige Abg. Dittmann ...nete den Reigen der Redner und setzte sich zunächst mit ...Rede Dr. Helfferichs vom Tage vorher auseinander. ...keinem Lande der Welt würde man dulden", sagte er, ...solche Volksvertreter im Parlament noch den Mund ...n." Das vorgestrige Auftreten Dr. Helfferichs, der nicht ...einmal, sondern soundsoviel Male politisch bankerott ge-...t hat, war allerdings so provozierend, daß eine Erwidе-... im Reichstag nicht ausbleiben konnte. Die Rechte geriet ... Dittmanns Ausführungen in eine solche Erregung, daß ...schließlich der Tapferkeit besseren Teil erwählte und in ...lossener Formation den Sitzungssaal verließ. Als ein-...Aufpasser wurde der Abgeordnete Schulz (Bromberg) ...ckgelassen, der dann von Zeit zu Zeit seine Parteifreunde ... den weiteren Verlauf der Kanonade Dittmanns gegen ...erich und die Deutschnationalen unterrichtete.

...ine höchst bedeutsame Rede hielt gestern der demokratische ...ordnete Dernburg, der sich darauf beschränkte, den ...ehe verlichen Friedensvertrag von Ver-...lles zu beleuchten und die Revision zu fordern. ...er Hand eines reichen Tatsachenmaterials zeigte er, nach ...trauigen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und finan-...n Erfahrungen der Zeit seit dem Abschluß des Krieges, ...der Friedensvertrag einfach unerfüll-...sei und daß alle Reformvorschläge und alle Kritik an ...rer inneren Politik nutzlos seien so lange dieser Vertrag ... grundlegend revidiert werde. Berufen sei dazu nicht die ...berantmachungskommission, die lediglich Entscheidungen ... gewisse finanzielle Festsetzungen zu treffen habe, sondern ...Völkerbund. „Deutschland", betonte er, „wird von ...Entente nicht nur wie eine Kuh behandelt, die man ...ßig melken und schlachten kann, sondern wie ein ... das man nicht einmal zu füttern braucht." Aber das ...e Tier müsse nicht nur hungern, sondern es werde auch ein ...ssenschwarm von Paragraphen und Quälereien auf das Tier losgelassen, so daß es keine Ruhe finden könne. Dernburg ging dann alle die einzelnen unmöglichen Bedingungen und Lasten des Friedensvertrages durch, zeigte an erschütternden Einzelbeispielen die entsetzlichen Wirkungen und erklärte es für zweifelhaft, ob Deutschland selbst die gegenwärtige Steuerlast, die für die Wiedergutmachungen noch keine Vorsorge treffe und die unerschwinglichen Besatzungskosten überhaupt auf die Dauer tragen könne. „Lassen Sie uns", so schloß er seine Rede, „wenigstens in dieser großen Sache, der Forderung nach einer sofortigen Revision des Friedensvertrages, einig zusammenstehen."

Das Haus folgte, von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken, seinen Darlegungen mit gespanntester Aufmerksamkeit, und immer wieder wurde ihm aus den Reihen des Parlaments spontan Beifall zuteil. Die weiteren Redner hatten es infolgedessen schwer, sich noch Gehör zu verschaffen. Der Kommunist Levi, der Welfe Alpers und der bayerische Bauernbündler Eisenberger beschlossen den Reigen. Bei den persönlichen Bemerkungen, die dann noch folgten, konnte natürlich der ewig gekränkte, ewig beleidigte und ewig aufgeregte Herr Dr. Helfferich nicht fehlen. Das Haus hat sich allmählich daran gewöhnt, Erklärungen dieses Abgeordneten mit schmunzelnder Ironie geduldig über sich ergehen zu lassen.

Heute beginnt der Reichstag seine Verhandlungen bereits vormittags 10 Uhr. Auf die Tagesordnung sind die demokratischen Interpellationen über Eupen und Malmedy und die besetzten Gebiete des Rheinlandes und die deutschnationale Interpellation über die Kartoffellieferungsverträge gesetzt worden.

Die deutschen Forderungen an Lettland.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

△ **Memel**, 5. November.

Die lettischen Blätter melden, daß die deutschen Forderungen an Lettland 269 Millionen Mark betragen, darunter 50 Millionen für Eisenbahnneubau, 4 Millionen für industrielle Einrichtungen. Die Blätter betonen, daß die lettischen Ersatzansprüche an Deutschland bedeutend größer seien.

Das Problem der allgemeinen wirtschaftlichen Dienstpflicht.

Von [Nachdruck verboten.]

Kammerpräsident Dr. Kloefeld.

Die französische Revolution hat zuerst die allgemeine Wehrpflicht durchgeführt. Sie war kein preußischer oder deutscher Gedanke, sondern ein Zeichen tiefer werdender sozialer Kultur, eine Scharung weitester Volkskreise um den europäischen Staatsgedanken. Gneisenau meinte, man habe bei der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Europa das Heer verbürgerlichen wollen, merkwürdigerweise sei aber die gegenteilige Wirkung, nämlich die Militarisierung des Bürgertums, erzielt worden.

Wenn die nachwilhelminische Staatskunst besonders angesichts der so außerordentlich prekär gewordenen wirtschaftlichen und politischen Lage Deutschlands vor dem Richterstuhl der Weltgeschichte bestehen will, so muß sie für den vaterländischen Wiederaufbau und unsere Wiedererhebung neue und praktische Wege gehen. Im Gegensatz zum bureaukratischen Obrigkeitsstaat erheischt der Volksstaat der Arbeit eine Staatskunst der Ideen und in Fortsetzung Stein-Hardenbergscher Gedanken eine Durchführung dieser in weitherziger unvoreingenommener Weise auf Grundlage der Mitarbeit aller Schichten und Kreise der Bevölkerung.

Bei der Stellungnahme zum Problem der allgemeinen wirtschaftlichen Dienstpflicht im Sinne der Handarbeit für alle männlichen Personen mag man über die verwaltungsmäßige Durchführung berechtigterweise verschiedener Meinung sein können. Ihr sachlicher Grundgedanke ist mit durchschlagenden, sozialen, politischen oder wirtschaftlichen Argumenten aus der Geisteswelt unseres Zeitalters wirksam nicht zu bekämpfen. Er bedeutet die engste und ethisch höchststehende Verbindung des Individuums mit dem Volksstaat. Zahlreiche Grundsätze des alten und des neuen deutschen bürgerlichen und Verwaltungsrechts gehen von der Tatsache aus, daß von der Rechtsordnung seitens der Staatsbürger nicht nur Geldleistungen, sondern auch persönliche Dienste und Leistungen gefordert werden können. Gerade unser soziales Zeitalter darf aber nicht die Arbeit, das höchste menschliche Gut und Glück, zu einer Klassenfrage degradieren. Die Dienstpflicht mit dem Schlagwort der beabsichtigten Schaffung einer Streikbrecherorganisation abtun zu wollen, entbehrt schon aus dem Grunde der Sachlichkeit, weil der Erlaß eines Schlichtungsgesetzes seit längerem in Aussicht genommen war, welches vor allem die Gefahr des Streiks in lebenswichtigen Betrieben auf ein Mindestmaß herabsetzen sollte. Gerade der Gemeinschaftsgedanke, der in der Zusammenarbeit aller Kreise und Schichten der Bevölkerung des Landes hervortritt, wird die Gegensätze auf weiten, auch über die Wirtschaft hinausgehenden Gebieten mildern und vor allem aufklärend wirken. Mit der Dienstpflicht wären auch die Fragen der körperlichen Kräftigung des Volkes und der staatsbürgerlichen Erziehung zu verbinden; mit irgendeiner Art des sogenannten Militarismus hat sie nicht das geringste zu tun.

Die wirtschaftliche Seite des Problems eröffnet Fragen von ganz außerordentlicher Tragweite. Die Bevölkerungsentwicklung in Stadt und Land zeigt vom Jahre 1871 bis zum Jahre 1910 auf der ganzen Linie eine Abkehr vom Agrarstaat. Die Stadtbevölkerung im Jahre 1871 betrug 36,1 Prozent, im Jahre 1910 60 Prozent; die Landbevölkerung im Jahre 1871 64,9 Prozent, im Jahre 1910 40 Prozent. Die allgemeine wirtschaftliche Dienstpflicht würde daher in erster Linie der Produktionssteigerung in der Industrie zugute kommen, wenn auch, falls der jetzige Zug in unserer Wirtschaft unaufhaltbar sein sollte, wieder mit einer stärkeren Rückflut auf das Land zu rechnen ist. Für die Dienstpflicht muß aus dem Grunde eine Altersstufe von gegen 18 bis 30 Jahren in Aussicht genommen werden, weil in dieser Periode bester menschlicher Kraft noch auf je 1000 der Bevölkerung eine relativ große Zahl von Menschen kommt. Bei einer Bevölkerungsziffer von 50 Millionen Menschen ist mit gegen 8 Millionen zwischen 20 und 30 Jahren zu rechnen. Im Deutschen Reich wurden im Jahre 1900 durchschnittlich auf 1000 Männer 1032 weibliche Personen gezählt. In obigen Altersperioden überwiegt das weibliche Geschlecht nur unerheblich. Ferner ist es von Wichtigkeit, daß der Prozentsatz der Verheirateten in den Altersstufen von 18 bis 25 Jahren bei der männlichen Bevölkerung nur etwa ein Drittel desjenigen der weiblichen Bevölkerung beträgt, im Alter von 25 bis 30 Jahren nur noch ein Viertel. Auch die Sterblichkeit und die Sterbenswahrscheinlichkeit hält sich gerade in diesen Jahren ziemlich stabil.

Bedenkt man nun, um einen Anhaltspunkt zu gewinnen, daß die Friedenspräsenzstärke des früheren Heeres im Jahre 1910 etwa eine halbe Million Mann ohne Offiziere, Aerzte, Beamte und Einjährige betrug, so tritt die Bedeutung der Einführung einer allgemeinen wirtschaftlichen Dienstpflicht, welche nahezu eine Million neue Arbeitskräfte für die Handarbeit bringen könnte, besonders